

Maikäfer



Plötzliches anarchistisches Strassenblättchen aus aktuellem Anlass

Haymarket - Ein explosiver Anfang

Im April und Mai 1886, war Chicago ein aufständisches Pulverfass. Die wichtige Industriestadt, damals zweitgrößte der USA, war enorm schnell gewachsen und innerhalb von nur 10 Jahren hatte sich die Bevölkerung auf eine Million verdoppelt. Die Arbeitsbedingungen und der Lohn waren ziemlich beschissen – weswegen Arbeiter_innen immer wieder Demos organisiert, Fabriken bestreikt und damit den Normalbetrieb gestört hatten. Die Arbeiter_innenkämpfe und insbesondere die anarchistische Bewegung waren in dieser Zeit sehr stark. Ab 1884 wurde die weltweit erste anarchistische Tageszeitung, „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“, publiziert. Gemeinsam mit den Zeitschriften „Fackel“, „Vorbote“ und „Alarm“, bei welcher Albert Richard Pasons¹ als Herausgeber fungierte, hatten anarchistische Schriften eine Auflage von knapp 30.000 Stück.

Für Samstag den 1. Mai 1886 riefen Gewerkschaften und Arbeiter_innenvereine aus Kanada und den USA erstmals zu einem gemeinsamen Streik auf. Vor allem ging es um eine Kürzung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden pro Tag. Fast 12.000 US-amerikanische Fabriken wurden bestreikt. Allein in Chicago beteiligten

sich über 400.000 Arbeiter_innen an dem Streik; etwa 80.000 schlossen sich der Demo am 1. Mai an. Am darauffolgenden Montag Nachmittag, wurde vor der seit zweieinhalb Monaten bestreikten Mähmaschinenfabrik „McCormick“ eine von den Arbeitern organisierte Versammlung abgehalten. In unmittelbarer Nähe fand eine Kundgebung der „Lumber Shovers“² statt, an der ungefähr zweieinhalb tausend Menschen teilnahmen. Einer der Redner bei dieser von der Lumber-Shovers-Gewerkschaft organisierten Versammlung war der Anarchist August Spies. In seiner Rede thematisierte er den Mähmaschinen-Streik der McCormick's Werke, und rief zur aktiven Solidarität mit den dort Streikenden auf. Etwa 200-300 Menschen setzten sich daraufhin von der Kundgebung ab und zogen Richtung McCormick. Als sie um 15.30 Uhr dort ankamen, waren ungefähr 6000 Protestierende vor Ort, ihnen gegenüber lediglich 2 Polizisten. Kurz nach dem Eintreffen des Demozugs wurde probiert die verschlossenen Fabrikstore aufzudrücken. Einer der Polizisten versuchte die wütende Meute mit seinem Revolver von dem Eindringen in die Fabrik abzuhalten.

WEITER AUF SEITE 5



Gegen die herrschenden Verhältnisse, in Opposition zur MayDay!

Diese angeblich fröhliche Parade ist in Wahrheit bezeichnend für die zunehmende Ratlosigkeit unseres Umfelds. Saufen statt kämpfen. Tanzen statt Barrikaden bauen. Sein Gehirn mit Drogen betäuben, um flüchtig die alltägliche Verdrossenheit zu vergessen. Sich in eine Route einpfirchen lassen, anstatt sich den ganzen öffentlichen Raum nehmen. Um die Freiheit bitten, anstatt sein Leben wiederzuerlangen. Gehorchen statt Schaffen. Darauf haben wir keinen Bock mehr: Schon zu viel Zeit haben wir verloren. Ebenfalls bringen uns die Folklore der Sozialdemokratie – Wächter des sozialen Friedens, sowie der bolschewistisch-stalinistische Dreck zum Kotzen. Auf die Lohnarbeit scheissen wir mit viel Freude! Wir wollen auch nicht länger Sklaven dieses sozialen Gefängnisses sein. Integration kommt für uns nicht in Frage. Wir werden uns nicht verkaufen, zugunsten irgendeines Ausbeuters. Es reicht uns aber auch nicht mehr, den Müll des Systems und seine Lücken zum Überleben zu nutzen. Wir wollen nicht im Verborgenen leben. Unsere Absicht ist, die Umstände radikal zu verändern. Wir wollen ganz neue Wege finden. Wir wollen die Revolution aufbauen. Wir streben nach der Selbstverwaltung unseres Alltags; wir kämpfen für die Selbstbestimmung unseres Schaffens; wir werden die Aneignung der Produktionsmittel, Felder, Lebensräume und des öffentlichen Raumes insgesamt vollziehen!

Einige Anarchistinnen und Anarchisten
straszenblaettchen@riseup.net

Wien. Stillstand.

„Wir wollen keinen Kompromiss mit den Umständen schließen.“

Die Verstrickung der anarchistischen Bewegung mit etablierten Parteien ist ihr Niedergang. Wenn sich Anarchisten und Anarchistinnen in freundschaftlicher Beziehung zu einer dieser Parteien, etwa der Grünen Partei, befinden, oder sich in regierungsähnlichen Strukturen wie der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) betätigen, merken sie nicht, dass sie der Strategie der herrschenden Klasse dabei auf den Leim gehen. Es ist die Strategie des „an der langen Leine Lassens“.

Grund für den stagnierenden revolutionären Fortschritt ist nicht nur die Repression der herrschenden und der eigenen Klasse, der zu einem scheinbar natürlich bedingten System gewordene Kapitalismus, sondern die eigene Unfähigkeit und Angst davor zu dem zu stehen was wir sind: revolutionäre Anarchisten und Anarchistinnen.

Anstatt eigene Strukturen, Infrastrukturen und Dinge für das tägliche, revolutionäre Leben zu (be-)schaffen, verlassen sich zu viele der selbst ernannten Anarchisten und Anarchistinnen auf scheinbar unumgängliche Wege, um an besagte Dinge zu gelangen. Dabei spielen, wie schon zu vor genannt, vor allem die Grüne Partei und die ÖH die wichtigsten Rollen. Zu viel Geld und Material kommt aus diesen staatlichen Institutionen. Zu viel Macht haben sie damit über mögliche revolutionäre Prozesse. Zu korrupt wird dadurch die anarchistische Bewegung. Wir glauben, dass in dieser Stadt nichts an revolutionärem Fortschritt passiert, da wir unser Selbstvertrauen verloren, oder noch nicht entwickelt haben. Auch wenn sich sogenannte Anarchisten und Anarchistinnen, die diesen Namen nicht verdienen, uns in den Weg stellen werden, müssen wir doch die Hilfe der zuvor genannten Institutionen in Zukunft nicht nur ablehnen, sondern diese offensiv angreifen. Sie sind es, die uns durch ihre Geld- und Materialspritzen daran hindern, aufständisch zu werden. Eine starke anarchistische Bewegung kann und darf niemals mit der herrschenden Klasse kooperieren. Die, die jetzt in den Gremien der ÖH sitzen, sind die zukünftigen Politiker und Politikerinnen. Sie sind es, die wir in wenigen Jahren als unsere Feinde bezeichnen werden, da sie unseren Widerstand zu verhindern versuchen werden. Sie sind es, die Macht haben und weiter erlangen werden. Wir müssen sie schon

jetzt zu unseren Feinden erklären.

Die Bewegung ist durchzogen von diesen Feinden. Warum sonst ist es möglich, dass eben diese ohne weiteres an Projekten, Protesten, Arbeitsgruppen und Versammlungen teilnehmen können? Jede_r, der sich in Zukunft diesen Feinden nicht in der Weg stellt, ist ein Kollaborateur. Jede_r, der sich ihnen nicht verweigert, ist mitverantwortlich für das Weiterexistieren dieses Staates.

Wenn wir uns von diesen feindlichen Machenschaften und Strukturen losgesagt haben, liegt es an uns, uns zu organisieren und aufzubauen. Als erstes müssen wir unser Selbstvertrauen zurück erlangen. Wir müssen uns auf den wesentlichen revolutionären Prozess, die Überwindung des Kapitalismus, konzentrieren und unsere Energie nicht in aussichtslose Grabenkämpfe verschwenden. Dies heißt Abstand nehmen von Lifestyle-Anarchismus und intellektueller Überheblichkeit. Dies heißt Abstand nehmen von Projekten, in denen sich nur bestens sensibilisierte Individuen beteiligen können. Dies heißt, die Realität zu erkennen wie sie ist: brutal. Was nützen uns Räume, in denen Normen, Dresscodes, Szenesprache und Szeneintellekt herrschen und Menschen von der Angst beherrscht werden, vielleicht ein falsches Wort in den Mund zu nehmen? Nichts. Sie sind reaktionär und kreieren nur eine weitere, nicht weniger anzugreifende Klassengesellschaft, die im Schatten des Kapitalismus gedeiht. Wer selbst ein gesichertes Leben hat, kann leicht auf prekär Lebende mit dem Finger zeigen. Es sind genau diese prekär Lebenden, die jeden von uns täglich daran erinnern, wie brutal dieses Leben sein kann. Deshalb grenzen wir uns von ihnen durch Sprache und Norm ab, lassen sie nur am Rande mitwirken, oder spielen ein paar Wochen Sozialarbeiter_innen für sie.

Die Überwindung des Kapitalismus wird nicht durch das Mieten von Räumen passieren, die dann als Szenekneipen, „soziale“ oder „autonome“ Zentren oder Rückzugsorte¹ fungieren.

Die Überwindung kann nur durch die kollektive Aneignung von Wissen, Materialien und Produktionsmitteln passieren. Dies impliziert eine Aneignung von Häusern und Wohnanlagen durch die Bewohner_innen. Dies impliziert eine Aneignung von Fabriken, Produktions- und Arbeitsstätten und (Hoch-)Schulen durch die dort agierenden Individuen. Dies impliziert einen Austausch untereinander. Dies meint kein plummes „Alles für Alle“; viel mehr fordern wir „Alles für Alle durch Alle“.

Eine bedingungslose Ablehnung der Arbeit kommt für uns nicht in Frage. Erst recht keine Zerstörung der Arbeit. Es geht um die Überwindung der erzwungenen, kapitalorientierten, quantitativen Arbeit. Es geht um die Zerstörung der Konkurrenz. Es geht um den Aufbau einer kooperativen Arbeit. Einer schönen Arbeit. Einer Arbeit, die von allen verrichtet wird, jedoch freiwillig, selbstbestimmt und selbstverwaltet. Dafür brauchen wir die kollektive Aneignung von dem, was uns sowieso gehört und auch dem, wovon behauptet wird, es gehöre uns nicht. Dafür brauchen wir einen neuen, kollektiv geprägten Illegalismus.

Wir müssen uns endlich von der Repression der politischen Korrektheit entfremden. Wir müssen uns eingestehen, dass wir es selbst sind, die dieses kapitalistische System mit all seinen Facetten aufrecht erhalten. Der Widerstand der letzten Jahre in dieser Stadt ist nichts. Nichts als ein dankbares Annehmen des bisschen Freiheit zur Rebellion, das uns von der herrschenden Klasse zugesprochen wird.

Entfremden wir uns von einem Staat.
Entfremden wir uns von einer Szene.
Entfremden wir uns von einer Bewegung.
Kreieren wir revolutionäre Perspektiven.
Kreieren wir revolutionären Widerstand.
Überwinden wir den Kapitalismus.
Ohne Institutionen.

Gemeinsam und entschlossen.

„Wenn wir nicht länger träumen können, sterben wir.“

¹ Wir beziehen uns mit dem Wort „Rückzugsort“ nicht auf Schutzräume. Schutzräume müssen während des gesamten revolutionären Prozesses und auch danach immer gegeben sein. Hierfür können unseres Erachtens nach in der Anfangsphase auch Räume gemietet werden, da angeeignete Räume verteidigt und erkämpft werden müssen, somit die Gefahr eines abrupten Zusammenbrechens des Schutzes eines Raumes gegeben ist. Jedoch sollte im Zuge eines revolutionären Prozesses die Zahl benötigter Schutzräume sinken und bei den bestehenden ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis



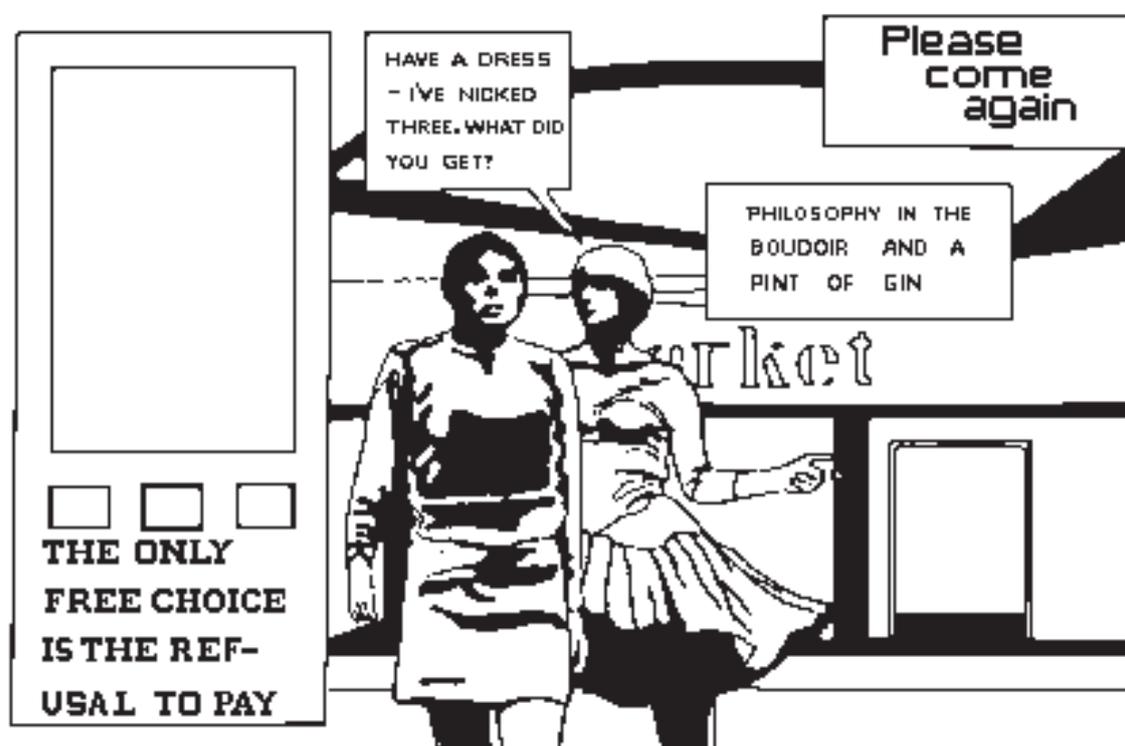
Über den Illegalismus

Der Illegalismus ist keine Lösung.

Vermutlich ist es auch eine Krankheit der Intellektuellen, Linken und Akademiker_innen alles in -ismen zu verpacken und in theoretischen Leichenschränken wegzusperren; reden wir also einfach von "illegalen Aktivitäten". Illegale Aktivitäten sind keine Lösung, sie sind aber klarerweise notwendig um aus dem Rahmen des Legalen auszubrechen. Der legale Rahmen, der von Politiker_innen und Justiz ständig neu gesteckt wird, und von ihren Wächter_innen – Polizei, Security, Justizwache, Sozialarbeiter_innen... – kontrolliert wird, zwingt viele ins Elend oder zu illegalen Aktivitäten.

siert, oder werden dazu gezwungen illegalen Aktivitäten nach zu gehen. Menschen ohne "richtigen" Pass – arbeiten als Sexarbeiter_innen, – "schwarz" am Bau, – verkaufen legale und verbotene Drogen auf der Strasse, – klauen, – sammeln Kupfer und verkaufen es etc. Sogar Bettlerei gilt in Wien als Verbrechen, was deutlich macht, dass der legale Rahmen immer weiter eingengt wird, um uns in den bestehenden Eigentumsverhältnissen zu beschissenen Jobs zu zwingen – damit wir Miete, Essen etc. bezahlen können.

Illegale Aktionen sind ein befreiender Akt, der die Eigentumsverhältnisse nicht anerkennt, sondern angreift und selbstbestimmt umverteilt.



Ein Rahmen der uns durch Moral und Medien einen Käfig voller bürgerlichen Freiheiten vorgaukeln will, der uns in einem System von Klassenunterschieden, Rassismus und Sexismus gefangen hält. Werden Menschen bei illegalen Aktivitäten erwischt, werden sie von den Wächter_innen des Gesetzes mit Geldbuszen, Häfn, oder Abschiebung bestraft. Trotz herrschender Moralvorstellungen begegnen uns an allen Ecken und Enden Individuen und Gruppen, die sich aus politischer Überzeugung oder aus Not, auch abseits legaler Pfade bewegen.

Viele unserer Mitbewohner_innen sind per se illegali-

Illegale Aktivitäten waren vor allem um 1900 in Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz und Russland stark anarchistisch beeinflusst. Einbruch und Diebstahl – an "Klassenfeinden" – wurde damals als eine zulässige revolutionäre Handlung gesehen. Auch wenn eine Vielzahl dieser Banden tragische Geschichten hatten, und ihre Aktivitäten der Polizei einen Vorwand zur Repression gegen die anarchistische Bewegung gaben, erscheint es in Zeiten einer derartigen Befriedung sinnvoll, sich an die Möglichkeiten der "Reprise individuelle", an die Möglichkeiten der individuellen Wiederaneignung, zu erinnern, und Inspiration daraus zu schöpfen.



FORTSETZUNG VON SEITE 1 „HAYMARKET - EIN EXPLOSIVER ANFANG“

Daraufhin griffen die Aktivisten die beiden Polizisten mit Steinen an. Weiters attackierten sie das Fabriksgelände, schossen Fenster ein und machten so ihrem Unmut über die herrschenden Arbeitsbedingungen Luft. Etwa eine Viertelstunde später, nachdem die beiden Polizisten ordentlich verdroschen worden waren, bekamen sie aus der Weinmann Street von etwa 200 Polizisten und Privatdetektiven der Pinkerton-Detektei³ Unterstützung. Der Polizei-Leutnant schrie: „Zurück, Auflösen!“ – woraufhin ein Duzend Polizisten und Pinkerton-Detektive zu schießen begannen. Zwei Protestierende wurden von den Schüssen getötet, weitere zwei Duzend verletzt; insgesamt 11 Arbeiter verhaftet. August Spies, welcher dies alles miterlebte, reagierte umgehend und rief, gemeinsam mit anderen, in der Chicagoer Arbeiter-Zeitung dazu auf, sich am folgenden Tag, dem 4. Mai, um 19.30, an einer Kundgebung, in der Nähe des Haymarket, zu beteiligen.

Am nächsten Tag versammelten sich etwa 2000 Menschen. Nach August Spies, Albert Parsons und anderen war Samuel Fielten der letzte der gegen 21:30Uhr seine

Rede auf einem Pferdepritschenwagen hielt. Die Menge war mittlerweile auf ca. 300 Personen geschrumpft, da es zu regnen begonnen hatte. Die Polizei hatte mit ihren Gewehren in den Seitenstrassen Stellung bezogen, jederzeit bereit zum Einsatz. Kurz vor Ende Fielten's Rede gab der für sein brutales Vorgehen berüchtigte Polizeichef „Black Jack“ John Bonfield den Befehl zum Stürmen. Daraufhin umzingelten etwa 180 Polizisten den Pritschenwagen. Der Polizeihauptmann William Ward rief: „Im Namen der Leute von Illinois“ die Versammlung habe sich „unverzüglich und friedlich“ aufzulösen. Fielten entgegnete: „Wieso, das hier ist eine friedliche Versammlung“, anschließend stieg er mit den Worten: „Okay, wir werden gehen.“ vom Wagen. In diesem Moment explodierte in den Reihen der Polizisten eine Bombe. Die Polizisten verloren die Beherrschung und fingen an wild um sich zu schießen. Insgesamt wurden 7 Polizisten und 4 Arbeiter getötet. Über 60 Polizisten wurden verwundet, teilweise durch Kugeln ihrer Kollegen.

In den darauffolgenden Tagen gab es eine Welle heftiger

Repression gegen Sozialist_innen und Anarchist_innen. Da die Redner vom Abend des 4. Mai als Anarchisten bekannt waren, gingen Polizei und Presse davon aus, dass es sich um einen anarchistischen Anschlag auf die Polizei gehandelt habe. Ein Beweis für eine solche Verbindung konnte allerdings nie erbracht werden. Es gab unzählige Hausdurchsuchungen, hunderte Verhaftungen und Verhöre. Die Staatsanwaltschaft gab dazu freie Bahn: „Machen sie erst die Razzien und schauen danach im Gesetz nach.“ lautete die Order.

Niemals konnte die Herkunft der Bombe ausgeforscht werden, trotzdem wurden acht Männer, welche den Streik mitorganisiert hatten, angeklagt und im August 1886 für schuldig befunden. Obwohl sie teilweise Alibis hatten, beschuldigte Richter Joseph Gary die angeklagten Anarchisten, mit der Begründung, der Bombenwerfer hätte auf Grund der anarchistischen Ideen dieser Männer gehandelt. Daher seien sie ebenso schuldig, als ob sie selbst den Anschlag verübt hätten.

Die Anwaltskosten von über 50.000 Dollar konnten durch Spenden aus aller Welt gedeckt werden.

Verurteilt wurden:

Georg Engel (Anstreicher aus Kassel),
 Samuel Fielden (Fuhrmann aus Lancashire),
 Adolph Fischer (Schriftsetzer aus Bremen),
 Louis Lingg (Zimmermann aus Mannheim),
 Oscar Neebe (Klempner aus New York, aufgewachsen in Kassel),
 Albert Parsons (Schriftsetzer aus Alabama),
 Michael Schwab (Buchbinder aus Unterfranken),
 und August Spies (Möbelschreiner aus Hessen).

Nach einem umstrittenen Schauprozess mit gefälschten Beweisen wurden sieben von ihnen von einer geschmierten Jury zum Tode durch den Strang verurteilt. Der ebenfalls verurteilte Oscar Neebe bekam 15 Jahre. Louis Lingg beging in der Gefängniszelle Selbstmord. Die Todesurteile von Samuel Fielden und Michael Schwab wurden von Gouverneur Ogelsby in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt. Engel, Fischer, Parsons und Spies wurden am 11. November 1887 im Gefängnis von Cook County hingerichtet. Hunderttausende beteiligten sich an einem Protestzug anlässlich der Beerdigung der Ermordeten auf dem Waldheim Friedhof in Forest Park (Illinois).

¹ Albert Richard Pasons war einer der 8 Verurteilten Anarchisten, beim Haymarket-Prozess

² Lumber Shovers waren Männer die mit Holzverladetätigkeiten ihr Geld verdienten

³ Die Pinkerton-Detektei machte sich seit den 1870er Jahren einen Namen als bewaffnete Streikbrecher im Dienste von Fabriksbesitzern.

Explo(i)ding History – Haymarket Monuments

Mai 1889

Eine zweieinhalb Meter hohe Bronzestatue eines Polizisten wird in Gedenken an die verstorbenen Kiwara am Haymarketplatz aufgestellt. Initiiert und finanziert wird dies vom bürgerlich-kapitalistischen Lobbyverein "Union League Club of Chicago".

1900

Die Polizeistatue muss dem zunehmenden Verkehr weichen, sie wird aus verkehrssicherheitstechnischen Gründen an den Rand des Parks am Haymarket versetzt.

1927

Am 4. Mai kracht zufällig ein Auto in die Statue und beschädigt sie. Der Fahrer sagt dazu, dass es ihn ankotze diesen Polizeimann mit seiner autoritären Handgeste ständig sehen zu müssen.

Die Stadtregierung veranlasst daraufhin die Reparatur des Monuments und versetzt es in einen Park.

1958

Die Statue wird wieder zurück auf den Haymarket-Platz versetzt, und auf einen monumentalen Beton-Sockel gehoben.

1968

Am 4. Mai wird während einer Anti-Vietnam Demo die Statue mit schwarzem Lack übergossen.

1969

Kurz vor den „Tagen der Wut“ (Vier Aktionstage von 8. – 11. Oktober 1969), am 6. Oktober 1969 platziert die Weather Underground Organization eine Bombe zwischen den Beinen des Bronze-Kiwaras, sprengt diesen in die Luft und zerstört nebenbei auch noch hunderte Fensterscheiben in der näheren Umgebung. Verletzt wird dabei niemand.



Der damalige Bürgermeister Richard J. Daley meint, das Bombenattentat sei ein "Akt des Disrespekts" und "ein Angriff auf alle Einwohner_innen von Chicago". Der Polizeipräsident von Chicago, Richard Barrett, sagt dazu: "Umbringen oder umgebracht werden. Das einzige Polizeimonument der USA in die Luft zu sprengen [...] ist eine offensichtliche Kriegserklärung der SDS und anarchistischer Gruppen gegen die Polizei"

Tage darauf startet eine Demonstration der "Weatherwoman Underground Organisation" von der zerbombten Statue Richtung Grant Park um einen Politikerkongress zu stürmen, sie wird jedoch auf dem Weg dahin von der Polizei gestoppt, geschlagen und teilweise verhaftet. Insgesamt werden bei den "Tagen der Wut" 287 Frauen und Männer verhaftet, fast ein Drittel der Weather-wo-men Bewegung. Über 800 Autos und 600 Fensterscheiben werden zerstört.

1970

Am 4. Mai wird die Polizei-Statue von der Stadtregierung erneut aufgestellt – am gleichen Tag werden 4 Studierende im Rahmen von Protesten in Kent State von der Nationalgarde ermordet.

Knapp 5 Monate danach, am 6. Oktober, wird die Statue abermals von der Weather Underground Organization in die Luft gesprengt.

In einem öffentlichen Brief bekennen sie sich folgendermaßen zu der Attacke:

"Vor einem Jahr haben wir die Schweine-Statue in die Luft gesprengt. Letzte Nacht haben wir das Schwein wieder zerstört. Hiermit beginnt der Herbst des jugendlichen Widerstandes", das Bekenner_innenschreiben war namentlich gezeichnet von Bernardine Dohrn, Jeff Jones und Bill Auers.

1972

Die Bronzestatue wird wieder aufgestellt, zuerst im Polizeihauptquartier und später im Hof der Polizeischule. Diesmal wird sie jedoch rund um die Uhr von einem Polizisten bewacht – was den Steuerzahler_innen jährlich knapp 70.000 Dollar kostet.

Der leere Sockel der polizeiverherrlichende Statue auf dem Haymarket-Platz, auf dem die sieben getöteten Polizisten als rechtsstaatliche Märtyrer präsentiert werden, ist über drei Jahrzehnte ein wichtiger Anlaufpunkt für Anarch@s. Am ersten Maiwochenende 1986 zum Beispiel versammeln sich über 500 Anarchist_innen von über zwei Dutzend Gruppen aus aller Welt.



2004

Am 14. September wird eine ca. 5×5×3 Meter große von der Künstlerin Mayr Brogger gefertigte Bronzestatue in der Desplaines Street installiert.

Auf den Sockelplaketten steht: "His Memorial marks the actual spot where the wagon used as the speaker's platform stood on the evening of May 4, 1886" auf einer anderen "May 4, 1886 NEVER FORGET" + ein A im Kreis. Bei der Enthüllung sprach der Chicagoer Bürgermeister.



2007

Am 1. Juni wird die Polizeistatue wieder auf einem öffentlichen Platz, direkt vor dem Chicagoer Polizeihauptquartier aufgestellt.

Auf der Plakette des Sockels steht geschrieben:

“In the name of the people of Illinois I command peace...”

Wie einst im Mai...

Zwischen der öffentlichen Ermordung von Aktivisten 1886 und der Bratwurstorgie des – heutzutage institutionalisierten – Volksfests scheint es ein bisschen schwierig, irgendeinen Zusammenhang herzustellen. Es sieht so aus, als ob die Bedeutung des ersten Mais weit von seinem historischen Ausgangspunkt abgewichen ist. Dass die Arbeiterbewegung immer an Alzheimer gelitten hat, ist aber auch nicht neu...

In der kleinen vorliegenden Chronologie zeichnet sich dieser Prozess des Entfremdens deutlich ab. In dieser Hinsicht stellt die Entwicklung der Tradition des ersten Mais ein aufschlussreiches Sinnbild der Krise des Klassenbewusstseins dar: Der verbissene Kampf gegen Staat und Unternehmer hat sich in eine mitschuldige Partnerschaft umgewandelt; die revolutionäre Perspektive ist verschwunden und eine kriechende, fruchtlose Forderungskultur hat sich entwickelt. Gewerkschaften

und Linksparteien haben das Proletariat verraten und bemühen sich noch immer, seine Ausbeutungsbedingungen zu stützen. Um das emanzipatorische Verlangen zu bezwingen, sind steigende Kaufkraft, bezahlter Urlaub und alltägliches Spektakel im Endeffekt viel wirksamer, als Schlagstöcke und Kugeln.

Damals wurde im Gedenken der revolutionären Ermordeten kräftig demonstriert, heute wird zu Ehre des Reformismus und des sozialen Friedens gefeiert. Die Unterhaltung als Ventil für die Ausbeutung...

Hier also diese – natürlich unvollständige – internationale Entwicklungsgeschichte der Vereinnahmung dieses historischen Ereignisses. Bemerkenswert ist, wie das Gedenken an eine blutige Repression von der herrschenden Ordnung übernommen und instrumentalisiert wurde, eben so sehr, dass es selbst zum Repressionsinstrument wird.

Erster Mai 1886: USA.

Anarchosyndikalisten initiieren einen riesigen Streik für die Erlangung des Achtstundentages. Fast 12'000 amerikanische Fabriken wurden zum Stillstand gebracht. Am übernächsten Tag, nach einer Kundgebung in Chicago, schieszt die Bullerei auf die Menge und ermordet dabei 2 Arbeiter. Am 4. Mai, bei einem Protestmarsch, bricht eine grosse Schlägerei zwischen Demonstranten und ‚Ordnungshütern‘ aus, nach der 8 Wachtmeister an der Volksrache sterben. 5 Aktivisten werden für einen Bombenanschlag ohne Beweise zum Tode verurteilt, 3 anderen werden zur lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. (siehe auch Seite I und 5)

1889: Paris, Frankreich.

Der Kongress der II. Internationale ernennt den ersten Mai zum regelmässigen und internationalen Aktionsdatum für den Achtstundentag.

Erster Mai 1890: Warschau, Polen.

10'000 Arbeiter nehmen an einer Gedenkdemonstration teil. Die 9 Veranstalter werden in russische Knäste geschickt.

Erster Mai 1891: Fourmie, Frankreich.

Spontaner Streik. Die Armee schieszt auf die Menge: 30 Verletzte und 10 Tote, einschliesslich eines Kindes.

Erster Mai 1891: Österreich-Ungarn.

Nach einer Demonstration in Oroskaza verbreiten sich die Proteste in die nächsten ländlichen Gebiete. Gewalttätige Auseinandersetzungen treten zwischen Landarbei-

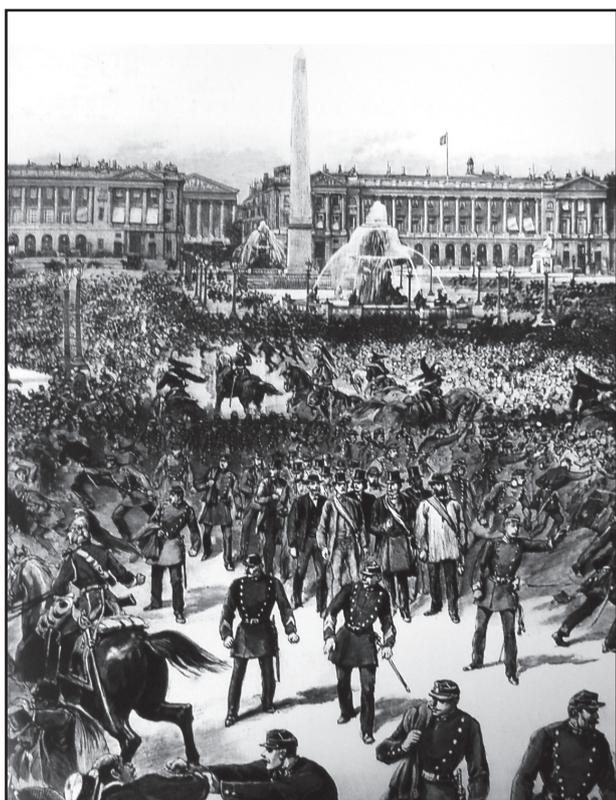
terInnen und Polizei auf. Einige Wochen später werden sie letztendlich durch die Verhängung des Kriegsrechtes und die Inanspruchnahme der Habsburgerarmee blutig niedergeschlagen.

Erster Mai 1899: Warschau, Polen.

3'000 der 20'000 Demonstranten werden von der zaristischen Polizei festgenommen

Erster Mai 1907: Paris, Frankreich.

Ein russischer Anarchist schießt auf berittene Bullen, die die Demonstration niederschlagen. Er wird zu 15 Jahren Straflager verurteilt.



Erster Mai 1909: Buenos Aires, Argentinien.

30'000 Arbeiter folgen dem Aufruf der FORA (anarchistische Gewerkschaft) und sammeln sich auf dem Loreaplatz. 14 Demonstranten werden von der Kiwarei ermordet. Als sie am 4. Mai begraben werden, demonstrieren fast 80'000 Arbeiter. Ein Streik, der mehr als 220'000 Arbeiter im ganzen Argentinien mobilisiert, wird weitergeführt bis alle festgenommenen Demonstranten freigelassen werden.

Erster Mai 1917: An der französischen Grenze.

10'000 an die Front kommandierte russische Soldaten entscheiden, ein Sowjet (selbstverwalteter Rat) zu bilden. Ein Kampfstreik wird eingeleitet.

Erster Mai 1929: Berlin, Deutschland.

Nach der blutigen Repression der Demonstration eska-

lieren die Spannungen zwischen ArbeiterInnen und Kiwarei: Errichtung von Barrikaden gegen Panzer und Maschinengewehre. Wohngebäude werden beschossen. Ab dem 2. Mai Massenproteststreik, aber die Repression geht weiter. Sie wird übrigens von den SPD-Ministern unterstützt. 33 Tote, mehr als 200 Verletzte.



Erster Mai 1931: Barcelona, Spanien.

100'000 ArbeiterInnen sammeln sich für eine Demonstration. Die Menge bricht die Sperre der Guardia Civil durch und tritt im Gerichtshof ein, ohne zu klopfen. Es kommt zu einer Schieszerei zwischen ArbeiterInnen und Soldaten, die mit dem Anschluss eines Infanteriebataillons zu den DemonstrantInnen endet.

Erster Mai 1933: UdSSR.

Anlässlich des Arbeitertages organisiert die Partei eine Razzia in den Strassen Moskaus, um die Hauptstadt von den „sozialschädlichen und deklassierten Menschen“ zu „reinigen“. Mehr als 6'000 Menschen- vor allem geflüchtete Landarbeiter und Kleinkriminelle werden auf die sibirische Insel Nasino deportiert. Isoliert und sich selbst überlassen, ohne Unterkunft und Werkzeuge, sterben sie fast alle. Es kommt zu Kannibalismus.

Erster Mai 1936: Spanien.

Zwei Monate vor der Revolution wird die erste Ausgabe der einflussreichen Zeitschrift der anarchofeministischen Gruppe „Mujeres Libres“ herausgegeben.

Erster Mai 1941: Frankreich.

Der erste Mai wird zum ersten Mal in Frankreich als offizieller Feiertag von dem faschistischen und nazifreundlichen Vichy-Regime institutionalisiert.

Erster Mai 1961: Kuba.

Castro erklärt Kuba zum sozialistischen Land.

Erster Mai 1968: Paris, Frankreich.

Nach 15 Jahren Demonstrationsverbot wegen des Algerienkrieges, ruft die Hauptgewerkschaft CGT zu einer riesigen Demonstration auf. Mitglieder der kommu-

nistischen Partei versuchen, Anarchisten mit schwarzen Fahnen vom Zug zu entfernen. Diese antworten in angemessener Weise, mit Faust- und Stockschlägen.

Erster Mai 1977: Istanbul, Türkei.

Versteckte Scharfschützen einer –wahrscheinlich vom türkischen Staat und C.I.A. unterstützten- Privatmiliz eröffnen das Feuer auf die Menge, die auf dem Taksim-Platz versammelt ist. Die 500'000 Demonstranten geraten in Panik. Gepanzerte Fahrzeuge kommen und rollen über alles und alle hinweg. 36 Tote, 200 Verletzte, 453 Festnahmen.

Erster Mai 1979: Paris, Frankreich.

Erste Aktion der bewaffneten revolutionären Gruppe ‚Action Directe‘: Der nationale Sitz des Arbeitgeberverbandes CNPF wird befeuert.

Erster Mai 1987: X-Berg (Berlin), Deutschland.

In den frühen Morgenstunden wird der Mehringhof, ein soziales Zentrum, das bis zum heutigen Tag existiert, durch die Polizei gerazzt. Hauptziel war das Vobo-Büro, welches das Zentrum der für die Zeit sehr prägenden Volkszählungsboykott-Kampagne darstellte. Im Laufe des Tages wurde auch der „Betroffenenblock“ auf der I.Mai-Demonstration des deutschen Gewerkschaftsbundes, von Polizeikräften angegriffen. Daraufhin zog sich der Block aus der Gewerkschaftsdemo zurück und ging im Straßenfest der Lausitzerstraße auf. Als auch dieses Fest von der Polizei angegriffen wurde, brachen heftigste Straßenschlachten aus, die Einsatzkräfte mussten sich aus So36 zurückziehen, Geschäfte wurden geplündert und erst in den frühen Morgenstunden des nächsten Tages wagten sich erste Polizeitruppen zurück in den Stadtteil. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Einer der Verhafteten nahm sich in Haft das Leben.

Erster Mai 1990: Rom, Italien.

Die wichtigsten italienischen Gewerkschaften organisieren zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ein großes Konzert auf der Piazza del Popolo. Seit dem wird es jedes Jahr wiederholt.

Erster Mai 2001: Mailand, Italien.

Erste ‚Mayday‘, festliche Parade.

Erster Mai 2002: X-Berg (Berlin), Deutschland

15 Jahre nach dem legendären Mai `87 wurde das MyFest gegründet. Von Anfang an ein Staatsschutzprojekt zur Befriedung der Gegend rund um das Kottbusser Tor, gab es doch immer wieder Initiativen dieses kommerziell angelegte Fest zu repolitisieren, was manchmal mehr

oder weniger gelang, die Beteiligten meist jedoch so gefrustet hat, dass diese Versuche als gescheitert gelten können. Ironischerweise lieferte das MyFest in den letzten Jahren immer wieder eine Rückzugsmöglichkeit für Leute, die sich nicht mit Latschdemos aufhalten wollten und dabei die Aufmerksamkeit der Staatsgewalt auf sich gezogen hatten.



„Die, die für das Leben sterben können nicht totgesagt werden“

Erster Mai 2005: Bogota, Kolumbien

Ein 15 Jahre alter Anarchist wird von den Bullen verdrossen. Er stirbt 4 Tage später.

Erster Mai 2014: Aufstände, überall!

Der 1. Mai 1933

Groszereignisse, bei denen die „Volksgemeinschaft“ zu demonstrativen Zwecken inszeniert wurde, planten die Nationalsozialisten stets sehr genau. Das galt für die Reichsparteitage, aber auch für Erntedankfeste und andere Massenaufmärsche, ganz besonders aber für den 1. Mai, der 1933 erstmals nach der Choreographie des Propagandaministers Joseph Goebbels ablief.

Adolf Hitler, der den Deutschen jahrelang eingehämmert hatte, ihre politische und soziale Not sei ein Resultat ihrer Zerrissenheit, sah hier eine ideale Gelegenheit, in der Rolle desjenigen aufzutreten, der als Kanzler einer „nationalen Regierung“ das Land zu einen versprach.

Lange Zeit, so hieß es im Festtagsprogramm des Propagandaministeriums, habe der Marxismus den 1. Mai für „volkszerstörende Klassenkampfhetze“ missbraucht. Jetzt gehe es darum, „die Millionenarmee der Soldaten der Arbeit so zu ehren, wie sie und ihr schweres Werk

es verdienen“. Die Arbeiter waren nicht länger Subjekte sozialpolitischer Forderungen, sie wurden vielmehr von der Nation als Soldaten der Arbeit in die Pflicht genommen.

Ganz Berlin war am 1. Mai 1933 mit Fahnen, Girlanden und Transparenten geschmückt. „Wir wollen gemeinsam arbeiten und aufbauen“, hieß es auf einem Transparent, das die Friedrichstraße überspannte. Schon früh am Morgen marschierten Formationen von Jugendlichen aus allen Bezirken zum Lustgarten im Stadtzentrum. Dort begann um 9 Uhr die „gewaltigste Jugendkundgebung, die Berlin je gesehen hat“, wie es in einer zeitgenössischen Darstellung hieß. 1200 Sänger des Berliner Sängerbundes wurden aufgeboten, um „Deutschland, du mein Vaterland“ zu singen. Goebbels sprach zu den Hunderttausenden. Danach erklang das Horst-Wessel-Lied. „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschieren im Geist in unsern Reihen mit“ sangen die Jungen und Mädchen, die zum Appell angetreten waren.

Währenddessen erreichte der Wagen, in dem Hitler und Hindenburg saßen, die Kundgebung.

Der junge Reichskanzler wollte dem Reichs-

präsidenten die Begeisterung der Jugend für den neuen deutschen Staat vor Augen führen. Hindenburg war gewissermaßen ein Monument einer vergangenen Epoche. Was er den jungen Leuten zu sagen hatte, war nicht unbedingt typisch für eine Ansprache zum 1. Mai: „Nur aus Manneszucht und Opfergeist, wie solche sich stets im deutschen Heere bewährt haben, kann ein Geschlecht erstehen, das den großen Aufgaben, vor welche die Geschichte das deutsche Volk stellen wird, gewachsen ist.“ Hitler forderte zum Schluss „die deutschen Jungen und Mädchen“ zu einem dreifachen Hoch auf den „großen Soldaten und Führer des Weltkrieges“ auf. Auf das nationalsozialistische „Sieg Heil“ verzichtete er zu dieser Stunde bewusst.

Gegen Mittag trafen nach und nach Arbeiterdelegationen

aus allen deutschen Ländern auf dem Flughafen Tempelhof ein, die von Reichskanzler und Reichspräsident empfangen wurden. Am Nachmittag waren bereits weit über eine Million Menschen auf dem Tempelhofer Feld versammelt. Die Arbeiter hatten am Morgen in ihren Betrieben antreten müssen und waren dann in geschlossener Formation zu dem Flughafengelände marschiert, wo sie in zehn großen Blöcken Aufstellung nahmen. Am Nachmittag traten Arbeiterdichter auf. Anschließend gab es eine Flugschau, an der sich neben einer Fliegerstaffel auch das Luftschiff „Graf Zeppelin“, ein „Wahrzeichen deutscher Arbeit“, beteiligte.

Der Höhepunkt aber kam am Abend. Um 20.00 Uhr hielt der Führer und Reichskanzler eine große Rede zu den versammelten Volksmassen. Er rief ihnen zu: „Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und

Haders wandelt sich nun wieder zum Symbol der großen Einigung und Erhebung der Nation.“ Hitlers zentrale Botschaft lautete: „Deutsches Volk, Du bist stark, wenn Du eins wirst.“ Das war eine Botschaft, die auch viele erreichte, die der nationalsozialistischen Bewegung durchaus skeptisch gegenüberstanden. Der



Paul von Hindenburg bei seiner Rede am 1. Mai 1933 in Berlin

erste Versuch einer Demokratie auf deutschem Boden, unter den ungünstigen Bedingungen eines verlorenen Krieges gestartet, war kein strahlender Erfolg gewesen. Eine Vielzahl von politischen Parteien hatte sich erbittert, oft genug auch blutig, bekämpft. Die Nazis versprachen, diese inneren Gegensätze zu überwinden und das Volk zu einen. Ihr „nationaler Sozialismus“ sollte das Völkische mit dem Sozialen versöhnen.

In der Vergangenheit war der 1. Mai der „Kampftag der Arbeiterklasse“ gewesen. Als am 14. Juli 1889 die Vertreter der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aus zahlreichen Ländern in Paris zusammen kamen, um den 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille zu feiern, übernahmen sie eine Idee des amerikanischen Arbeiterbundes, der im Kampf um den Achtstundentag für

den 1. Mai 1890 erstmals eine landesweite Streikaktion organisierte. Auch in Deutschland kam es, noch unter dem Sozialistengesetz, 1890 erstmals zu Aktionen der Arbeiterschaft. Das Ziel, den 1. Mai zum „Feiertag der Arbeiter“ zu machen, wurde aber trotz mancher Erfolge nie erreicht.

Die Weimarer Nationalversammlung erhob den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, allerdings nur für das Jahr 1919. Die Arbeitsniederlegungen blieben deshalb auch in den Jahren der Weimarer Republik ein steter Gegenstand des Streits. Arbeiter, die dem Aufruf zu den Kundgebungen folgten, waren oftmals von Maßregelungen bedroht. Vor allem in den letzten Jahren der ersten deutschen Demokratie wurden die Demonstrationen zusätzlich durch die politische Feindschaft der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD überschattet. Einen traurigen Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen 1929 in Berlin bei dem sogenannten „Blutmai“, als bei Konfrontationen mit der sozialdemokratisch geführten Polizei mehr als 30 kommunistische Demonstranten ums Leben kamen.

Die Nazis nutzten diese Situation und machten den 1. Mai durch ein Gesetz am 10. April 1933 zum „Feiertag der nationalen Arbeit“. Auf dem Tempelhofer Feld rief Hitler den angetretenen Arbeitern zu, man könne den schönsten Frühlingstag des Jahres nicht als Symbol des Kampfes wählen, „sondern nur zu dem einer aufbauenden Arbeit, nicht zum Zeichen der Zersetzung und damit des Verfalls, sondern nur zu dem der völkischen Verbundenheit und damit des Emporstiegs.“

Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in der Gesellschaft, etwa der BeamtInnenenschaft, stießen die Nationalsozialisten in der ArbeiterInnenenschaft zunächst auf eine breite, wenn auch politisch passive Skepsis.

Vor diesem Hintergrund erklärte das NS-Regime den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ und somit zum gesetzlichen Feiertag, der eine volle Lohnfortzahlung beinhaltete. Damit erfüllte das NS-Regime formal eine alte Forderung der ArbeiterInnenbewegung. Die Politik der NS-Führung zielte auf eine langfristige Einbindung der kulturellen und sozialen Praxen der ArbeiterInnenbewegung in das neue Regime unter Wegfall ihrer emanzipatorisch-demokratischen Leitideen.

Hierzu bedurfte es nach dem Verbot der ArbeiterInnenparteien der politischen Entmachtung der Gewerkschaften, die den Nazis als Teil der „jüdisch-bolschewistischen

Weltverschwörung“ galten.

Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) setzte zunächst auf die Kooperation mit der NS-Führung. Noch im Februar 1933 hatte der ADGB seine politische Neutralität gegenüber der Regierung betont, um nach der Zerschlagung der ArbeiterInnenparteien sein Überleben zu sichern.

Dieses Motiv lag auch der Beteiligung der Gewerkschaften an den Maifeiern 1933 zu Grunde und verband sich mit der Hoffnung auf die Erfüllung weiterer sozialer Forderungen durch die neue Regierung. Von einer eigenständigen Akzentsetzung der Gewerkschaften konnte jedoch am 1. Mai 1933 keine Rede mehr sein.

Die NS-Führung nutzte den 1. Mai um ihren schrankenlosen Herrschaftsanspruch zu dokumentieren und den neuen gesetzlichen Feiertag durch eine völkisch-soziale Leitidee inhaltlich zu vereinnahmen. Die sorgfältig inszenierten Massenaufmärsche und Kundgebungen die von NS-Parteigliederungen und ihren Vorfeldorganisationen dominiert wurden, erwiesen sich als Vorspiel für die am 2. Mai 1933 mit einer Verhaftungswelle einsetzende Zerschlagung der Gewerkschaften.

Obwohl die Nationalsozialisten mehrere neue Feier- und Gedenktage einführten, kam dem 1. Mai in den folgenden Jahren eine besondere Stellung innerhalb der Legitimationsarchitektur des Regimes zu. Seiner ursprünglichen Bedeutung als politischer Kampftag der ArbeiterInnenenschaft entkleidet, avancierte er vom „Nationalen Feiertag des deutschen Volkes“ im Jahr 1933 zunehmend zu einem Feiertag in dessen Vordergrund völkische Brauchtumsrituale standen.

Der Bezug zur Arbeitswelt geriet zur Mitte der 1930er Jahre völlig in den Hintergrund. Doch hinter den nun dominierenden Maibaumritualen eine faktische Entpolitisierung des Feiertags zu vermuten, geht fehl.

Auch dort, wo sich völkische Brauchtumselemente mit dem Volksfestcharakter des Tages mischten, galt der Feiertag dem NS-Regime als Weltanschauungsbekanntnis, welches durch eben diese Rituale befestigt werden sollte. Federführend wurden die Feierlichkeiten in den 1930er Jahren von den regionalen Gliederungen der NSDAP und der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) ausgerichtet, unter deren Dach berufsständische Fachverbände und die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF) firmierten.

Neben Maibaumritualen mit Kranzniederlegungen,

prägten theatrale Aufführungen den Charakter der Feierlichkeiten. Unpolitische Frühlingslieder wurden ebenso gesungen, wie solche, die dem Charakter des Fests als eines politischen Feiertages entsprachen. Anschließend an die politischen Kommunikationsformen der ArbeiterInnenbewegung fanden am 1. Mai umfangreiche Festumzüge statt, die von SA und HJ, aber auch von Wehrmacht und SS angeführt wurden.

Der in Berlin stattfindende Staatsakt zum 1. Mai wurde im Reichsrundfunk übertragen. Die sich einer Ansprache Hitlers anschließenden Wehrübungen und Sportdarbietungen verbanden Unterhaltung mit politischer Agitation. So transformierten die Nationalsozialisten den 1. Mai von einem Feiertag für die Emanzipationsbestrebungen der ArbeiterInnenschaft zu einer symbolischen Inszenierung der Leitidee der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft.

Seit den 90ern versucht die Rechte („Autonome Nationalisten“ als auch Parteien wie NPD und FPÖ) den 1. Mai für sich zu gewinnen. Nicht selten setzen sie dabei auf propagandistische Mittel, wie sie bereits vom NS-Regime verwendet wurden. In den letzten Jahren versuchten Nazis immer wieder, vor allem in Deutschland, aber auch in Österreich, Maiaufmärsche und völkische Straßenfeste zu organisieren. Teils mit Erfolg. Diesen Tendenzen gilt es sich auch in Zukunft klar entgegenzustellen!

Für einen antifaschistischen 1. Mai – für eine freie Gesellschaft!

1. Mai: Tag der Arbeit? Tag gegen die Arbeit!

Der 1. Mai ist in vielen Ländern bereits seit Jahrzehnten ein gesetzlicher Feiertag. Es braucht also kein Mensch mehr auf die Idee zu kommen, an diesem Tag zu streiken, oder gar zu noch offensiveren Mitteln wie Blockaden und Sabotage zu greifen, um der wirtschaftlichen Maschine Störungen zuzufügen oder Druck gegen die Kommandozentralen des Kapitals aufzubauen.

Wir dürfen feiern, Schulen und Universitäten sind genauso geschlossen wie die meisten Betriebe. Aber was feiern wir eigentlich? In den meisten Ländern der Welt, und so auch in Österreich, haben reformistische Ge-

werkschaften, Sozialdemokratie und oft auch kommunistische Parteien den Tag fast zur Gänze zu einem jährlichen Ritual gemacht, bei dem tatsächlich die Arbeit selbst gefeiert wird. Mehr Lohn, mehr soziale Absicherung, mehr Urlaub, und eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden da gefordert. Die Lohnarbeit selber aber wird von diesen Organisationen und ihnen nahestehenden Gruppen gewöhnlich nie in Frage gestellt.

Natürlich haben nicht alle frei am 1. Mai. Mensch stelle sich einmal vor, ganz Wien wäre zu Fuß unterwegs an diesem Tag. Zusammenrottungen könnten sich bilden, unkontrollierte Versammlungen die Ordnung stören. Statt dessen fahren die Öffis brav im immer gleichen



Der Boss braucht dich - Du brauchst ihn nicht

Takt weiter, um die Leute alle schön einzeln oder in kleinen Portionen zu den SPÖ-Veranstaltungen und wieder zurück zu bringen. Natürlich müssen auch die meisten in der Gastronomie angestellten Leute arbeiten. Vielleicht kämen die Menschen sonst auf die Idee, auf der Straße, womöglich sogar spontan, Volkküchen einzurichten. Ein paar Supermärkte müssen dann schon offen haben, wer weiß, ob sich der Mob sonst vielleicht einfach holen würde, was gebraucht wird.

Anstelle des irreführenden Begriffs "Tag der Arbeit" finden sich auch Namen wie "Kampftag der Arbeiter_innenbewegung". Aber auch dieser Begriff ist pro-

blematisch. Denn wie der 1. Mai von reformistischen Kräften zu einer großteils zahnlosen Pflichtveranstaltung gezähmt wurde, so ist auch von der gesamten Bewegung der Arbeiter_innen nicht mehr viel übrig, das noch in irgendeiner Weise antagonistisch wäre. Und ein Grund dafür ist der positive Bezug auf die Arbeit und die politische Selbstkonstitution eben als "Arbeiter_innen" (bzw. in der hegemonialen Variante über viele Jahrzehnte vor allem die männlichen (Fabrik-)Arbeiter^o). Denn diese Perspektive vertröstet die Menschen mit der Möglichkeit einer Milderung ihrer Unterdrückung, als politisches Subjekt wird eben genau die unterdrückte gesellschaftliche Rolle angenommen und letzten Endes essentialistisch überhöht.

Warum sollten jene, die durch den Zwang zur Lohnarbeit in die ökonomische Rolle des Proletariats hineingezwängt wurden, bei ihrem Kampf für eine Befreiung eben jene Rolle zu ihrer Identität werden lassen? Sind sie nicht vor allem Menschen, die frei leben wollen, ohne Unterdrückung und unter gerechten Bedingungen, die eine Entfaltung aller ermöglichen? Genau das ist aber nicht möglich, solange sie Arbeiter_innen "sind", solange sie für eine Verbesserung der Lohnarbeit eintreten und nicht für ihre Abschaffung!

Und so haben Gewerkschaften, sozialdemokratische und kommunistische Parteien über viele Jahrzehnte die Menschen diszipliniert und ihre Aktivitäten eingeehrt. "Der Arbeiter^o" ist ehrlich und stiehlt deshalb nicht, auch nicht von den Bossen, obwohl die das Stehlen zum Prinzip erhoben haben. "Der Arbeiter^o" streikt nur, wenn es die Gewerkschaft sagt, und geht auch wieder an die Arbeit, um zu zeigen, dass die Gewerkschaft verlässlich ist. "Der Arbeiter^o" stellt die Arbeit selbst nicht in Frage, denn im Gegensatz zu "den Kapitalisten^o" tatsächlich und mit den eigenen Händen produktiv zu sein, erfüllt ihn^o mit Stolz. Dabei wurde und wird von der Kaderebene die Illusion verkauft, es wäre eines Tages irgendwie möglich, durch immer mehr Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen und soziale Sicherungssysteme den fundamentalen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, bzw. zwischen Arbeitenden und Kapitaleigentümer_innen, aufzuheben. Dazu, so wird gesagt, müssten die Arbeiter_innen nur entschlossen festhalten an ihrer Rolle, und die Gewerkschaft und die Partei unterstützen und ihnen folgen. Das Problem ist nicht, sich selbst in der unterdrückten Position strukturell als

Lohnarbeiter_in zu erkennen, daraus dann die Notwendigkeit einer Organisation mit anderen auf die gleiche Weise Unterdrückten zu schlussfolgern. Das Problem ist, die Überwindung dieser ökonomischen Rolle nicht als zentralen Punkt auf die politische Agenda zu setzen, sondern letztlich alles dafür zu tun, in dieser Rolle zu verharren.

Das "Beste", was aus solch einem Programm entstehen kann, ist ein zumindest zeitweise relativ befriedeter (Staats-)Kapitalismus, in dem die meisten Lohnabhängigen keine sichtbare tägliche Not leiden, wo ein wenig an sozialer Entwicklung auch ausserhalb der Arbeitsgesellschaft ermöglicht wird, um die Illusion von Freiräumen zu produzieren und die Frustration durch die Arbeit irgendwie abzubauen. Doch produziert würde immer noch für den Markt, also für die Realisierung von Profiten und nicht für die Befriedigung von Bedürfnissen. Noch immer wären die meisten Menschen degradiert dazu, sich selbst an Kapitaleigentümer_innen zu vermieten, dabei irgendwelche von ihnen entfremdeten Produkte mitzuproduzieren, über die sie am Ende weder individuell noch kollektiv verfügen können.

Die irrsinnige Forderung nach Vollbeschäftigung, nach einer Abschaffung der Arbeitslosigkeit setzt diesem Arbeitsfetisch die Krone auf: In dem eine Re-Integration der durch die Effektivierung und Maschinisierung von Produktionsprozessen auf die Straße gesetzten Menschen gefordert wird, wird nur die Schaffung von neuen Märkten, neuer künstlich generierter Nachfrage nach immer unsinnigeren Produkten, neuer schlecht bezahlter Dienstleistungen für jene die es sich leisten können vorangetrieben. "Gebt uns wieder Arbeit!" statt "Nieder mit den Kapitalist_innen" und Selbstverwaltung der Produktion. So wurde und wird von den Protagonist_innen der reformistischen Arbeiter_innenbewegung der gesellschaftliche Disziplinierungsdispositiv erst so wirklich geschaffen, der suggeriert, dass nur wer einer Lohnarbeit nachgeht ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft sei. Aber welche Gesellschaftsform ist denn das? Ist es nicht jene, kurz gesagt Kapitalismus und bürgerlicher Staat, zu deren Abschaffung die Arbeiter_innenbewegung ursprünglich antrat?

In ihren frühen Phasen, bevor sie durch Sozialdemokratie, staatstragende Gewerkschaften und parlamentarisch orientierte "Kommunist_innen" fast gänzlich zahnlos gemacht wurde, war der Kampf gegen die Lohnarbeit

als solche meist ein zentrales Element dieser Bewegung. Dies steht nicht zwangsläufig dazu im Widerspruch, für reformistische Forderungen wie eine Reduzierung des Arbeitstages von 12 auf 8 Stunden zu kämpfen.

Bei solch einer Forderung ging es konkret um die zumindest partielle Befreiung von den Zumutungen der Lohnarbeit, und die Kämpfe dafür wurden oft mit Mitteln geführt, die in ihrer Ausrichtung klar gegen Kapital, Profit und das Lohnarbeitssystem standen. Sabotage und Zerstörung von Produktionsmitteln, wirtschaftliche Blockade nicht nur als Drohgebärde, sondern um tatsächlichen Schaden auf Seiten der Profiteur_innen zu erreichen, entschlossenes Konfrontieren der Staatsmacht, Lahmlegung des offiziellen "öffentlichen Lebens" (und damit oft Schaffung temporärer aufständischer, "proletarischer" Öffentlichkeiten): Die Liste der Aktionsformen, die in der Lage sind die Verhältnisse als ganzes in Frage zu stellen, auch wenn punktuell vielleicht ein reformistischer Kampf im Vordergrund steht, ist lang. Fast keine davon wird heute von den staatstragenden Organisationen der Reste der alten Arbeiter_innenbewegung noch angedacht, geschweige denn umgesetzt.

Heute wissen wir, dass weder der gezähmte Kapitalismus noch der "Staats-Sozialismus", der in seiner real-existierenden Form letztlich einen staatlichen Monopolkapi-

talismus darstellte, und weder Markt noch Lohnarbeit abschaffte, zu einer befreiten Gesellschaft führen. Wir wissen, dass auch eine Krankenversicherung und ein Sozialplan im Falle einer Entlassung uns nicht unsere Würde als Menschen wieder geben können. Wir wissen, dass sich trotz Tarifverträgen und progressiven Steuersätzen die gesellschaftlichen Reichtümer immer mehr in den Händen weniger konzentrieren. Wir wissen, dass Produktivität und technologische Entwicklung einem Bruchteil an menschlicher Arbeitszeit möglich machen würden, um unsere Bedürfnisse zu decken, verglichen mit der bestehenden Marktgesellschaft.

Wir wissen, dass dem bestehenden System trotz aller Regulierungsversuche die Krisenhaftigkeit derart immanent ist, dass es immer Hunger und Krieg verursacht und verursachen wird.

Nur wenn wir die Eigentumsverhältnisse und den Staat der sie schützt zerstören, wird es möglich sein, dass Menschen ihr Tun wieder frei entfalten und sozial aufeinander beziehen können. Der Mensch wird immer in einem stofflichen Austausch mit der Umwelt stehen, wird immer materiell die Welt ge- und umgestalten. Zu glauben, dass mit dem Ende der Ausbeutung die Menschen faul und unproduktiv würden, ist eine der größten Fehlannahmen und gleichzeitig eine der erfolgreichsten



Erfindungen der herrschenden Ideologie.

Gemeinschaftlich organisierte Produktion und Organisation zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse hat historisch immer wieder funktioniert, und zwar meist in den Momenten, in denen Staat und Markt darin komplett versagten. In solchen Krisen der bestehenden Ordnung wurden die Menschen meist eben nicht zu "wilden Tieren", zu "Wölfen", die angeblich eher einander Verspeisen würden als frei und ohne Zwang zusammen zu arbeiten. Nein, immer wieder sind in solchen Momenten die Menschen zu unvorhersehbaren Leistungen der Selbstorganisation gekommen, oft innerhalb kürzester Zeit, und mit dem einzigen persönlichen "Profit", Teil einer Gemeinschaft zu sein, die unter Anstrengung aller versucht, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Diese historischen Momente werden natürlich fast immer durch Gewalt beendet, sobald die hegemoniale Macht sich wieder konstituiert hat und die Re-Integration in alte Strukturen wieder erzwingt. Doch die Erinnerung bleibt, genau wie das Wissen darum, dass wir es können.

Der Versuch sollte unternommen werden, den 1. Mai wieder zu einem Tag des Kampfes gegen die Arbeit zu machen. Das bedeutet einerseits eine direkte Konfrontation und Störung der vorherrschenden Verhältnisse, aber auch die Schaffung von Strukturen und Zusammenhängen, in denen wir bereits im Hier und Jetzt jenseits der Arbeitsgesellschaft tätig werden können, und zwar politisch, kulturell, aber eben auch materiell unser Leben bestreiten, ohne dabei unsere Zeit irgendwem für einen Hungerlohn verkaufen zu müssen. Es ist klar, dass dafür ein Tag nicht reicht, dass vielmehr Jahre und Jahrzehnte an Auseinandersetzungen nötig sind.

Aber ein Tag kann ein Anfang sein, um unsere Kämpfe, aber auch unsere Versuche der Selbstorganisation zusammenzubringen und sichtbar zu machen. Ein Tag kann uns helfen, einander gewahr zu werden, unsere Positionen zu hinterfragen und neue Allianzen zu schmieden.

Denn wenn wir den Kampf für eine befreite Gesellschaft weiterhin ernst nehmen, dann dürfen wir nicht in den Fußstapfen der alten Arbeiter_innenbewegung weitertröten.

Es ist höchste Zeit, endlich die Arbeit selbst zu bekämpfen!

° In einigen Fällen wurde die männliche Form verwendet (und in dieser Weise° markiert), obwohl es sich bei den Genannten natürlich ebenso um Frauen* handelt, um darauf hinzuweisen, dass in der Arbeiter_innenbewegung über viele Jahrzehnte bis heute ein männliche Hegemonie herrscht.

Aufruf zur gemeinsamen Landnahme am 4. Mai

SoliLa -Solidarisch Landwirtschaften

SoliLa ist seit der Räumung ihrer Fläche in Jedlersdorf im April 2012 landlos. SoliLa steht aber weiterhin für die Aneignung der Lebensmittelproduktion, bedürfnisorientiert, lokal, antikapitalistisch. [...]

Hate Supermarkt Love Ernährungssouveränität

[...] Die Auswirkungen der „städtischen“ Lebens-/Konsumweise, die in den kapitalistischen Ausbeutungsbeziehungen einen gewichtigen Platz einnimmt und von der auch urbane politische Projekte zumeist keinen radikalen Abstand nehmen. Nicht nur werden fruchtbare Böden/die Umwelt durch die Massenproduktion/industrielle Landwirtschaft zerstört, sondern durch einen unkritischen Konsum wird die global verstrickte Ausbeutung durch diese Lebensmittelproduktion unterstützt. [...] Mit dem angebauten Gemüse wollen wir Projekte, Freiräume und Menschen mit einer leistbaren, gesunden und lokalen Ernährung unterstützen, die über übertriebene "BioSupermärkte" nur lachen können. Gleichzeitig fordern wir den Stopp der Stadtverdichtung zulasten von Grün- Landwirtschafts- und selbstbestimmten Räumen, während 80.000 Wohnungen zu Spekulationszwecken leerstehen. Wir fordern ebenfalls Ernährungs- Saatgut- und Landsouveränität im Sinne einer globalen emanzipatorischen Land- und Nahrungsmittelpolitik.

Wir laden daher am 4.Mai zur gemeinsamen Landnahme ein! 11Uhr Rad-Demo zur Fläche Sigmund-Freud-Park / U2 Schottentor

Kommt zahlreich und bringt eure Freund_innen, Kinder, Saatgut, Werkzeug, Lebensmittel, Workshops, Diskussionen, eigene Ideen zur Gestaltung des kollektiv belebten Stück Lands! Resistance is fertile!

Solidarisch landwirtschaften und leben jetzt!

Aktuelle Infos auf 17april.blogspot.eu

